



DGB Kreisverband Greiz lädt zur

„Fairteiler-Tour“ mit Reichtumsuhr

**am 14. Juni von 9- 13 Uhr
auf den Markt in Zeulenroda**

Wir brauchen handlungsfähige Kommunen – für gute Arbeits- und Lebensbedingungen!

Das erfordert eine deutlich bessere finanzielle Ausstattung der Kommunen, damit sie ihre Aufgaben erfüllen können.

Geld ist genug da! Das zeigt die Entwicklung von privaten Vermögen in den letzten Jahren. Allein in den letzten vier Jahren sind die privaten Vermögen von ca. 6 auf 8 Billionen Euro gestiegen.

Informieren Sie sich an unserem Stand über die Verteilung von Vermögen in Deutschland und fordern Sie mit ihrer Unterschrift die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene für die Einführung einer Vermögenssteuer einzusetzen.



**Erklärung der Thüringer Stadt- und Kreisverbände des Deutschen Gewerkschaftsbundes
„Wir brauchen handlungsfähige Kommunen – für gute Lebens- und Arbeitsbedingungen“**

Die Thüringer DGB Kreis- und Stadtverbände fordern die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene für die zügige Einführung einer Vermögenssteuer sowie einer echten Erbschaftssteuer und der Finanztransaktionssteuer einzusetzen.

Wir erleben eine erhebliche Schieflage bei der Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland. Hocheinkommensbezieherinnen und –bezieher, reiche Erben sowie sehr Vermögende müssen entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit an der Finanzierung des Gemeinwohls beteiligt werden. Politikerinnen und Politiker aller Ebenen sind aufgefordert, in ihren Parteien für eine Steuerpolitik zu werben, die die immer ungleicher werdende Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland korrigiert und die Einnahmehasis der öffentlichen Hand verbreitert.

Kommunen sind zuständig für den Schulbau, für Kitas, Jugendzentren, Kultur, Sportangebote und vieles mehr. Sie müssen sicherstellen, dass Rettungsdienste rechtzeitig kommen, wenn man sie ruft, Straßen ausgebessert, neu gebaut und gereinigt werden, die Wasser- und Abwasserversorgung zu angemessenen Preisen funktioniert. Handlungsfähigkeit der Kommunen ermöglichen ihren Einwohnerinnen und Einwohnern unabhängig von ihrem Geldbeutel, selbstbestimmt zu leben und an der gesellschaftlichen Entwicklung teilzuhaben. Die Entscheidungen kommunaler Parlamente setzen den Rahmen für das Zusammenleben. Sie können aber oft nur den Mangel verwalten, statt zu gestalten. Kommunale Selbstverwaltung ist unter Druck. Bund und Land verpflichten die Kommunen zu immer mehr Aufgaben, statten sie aber nicht mit den notwendigen finanziellen Mitteln aus.

Lebensqualität braucht handlungsfähige Kommunen. Wir sagen:

- Ja zu einer Anhebung der Leistungsqualität und des Leistungsumfangs für alle Bürgerinnen und Bürger.
- Ja zu bezahlbaren kommunalen Leistungen, die allen Einwohnerinnen und Einwohnern zur Verfügung stehen.
- Ja zu einer sicheren Perspektive für die Beschäftigten.
- Ja zur Vergabe kommunaler Aufträge an Anbieter, die Tarifbedingungen anwenden sowie betriebliche Mitbestimmung und Sozialstandards akzeptieren.
- Ja zum bezahlbaren und bedarfsgerechten öffentlichen Nahverkehr, als wirkliche und erlebbare Alternative zum motorisierten Individualverkehr.
- Nein zu weiterer Privatisierung kommunalen Eigentums.
- Nein zum Ausverkauf „kommunalen Tafelsilbers“.
- Nein zur weiteren schleichenden Reduzierung kommunaler Leistungen.
- Nein zu Arbeitshetze und Arbeitsverdichtung für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst.

Unterschreiben Sie jetzt für UmFAIRteilung!